

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Wende in der Informationspolitik zu den Folgen der Schengenraum-Erweiterung einleiten - Bevölkerung allseitig und umfassend informieren

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel zu ergreifen, gegenüber der Bevölkerung wegen sämtlicher Probleme, die mit der Grenzöffnung vom 21. Dezember 2007 im Zusammenhang stehen, eine Nachrichtenpolitik zu betreiben, die von Transparenz, Regelmäßigkeit und vollständigem Zahlenmaterial geprägt ist,
- über jene Kosten zu informieren, die den Landkreisen und kreisfreien Städten durch Unterbringung und Verpflegung von Asylsuchenden entstehen, die infolge der Grenzöffnung vom 21. Dezember 2007 in die Bundesrepublik Deutschland eingereist sind.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Seit etwa Mitte Januar 2008 enthalten die Medien offenbar keine Nachrichten mehr über illegale Grenzübertritte, die mit der Erweiterung des Schengen-Raumes (Schengen II) im Zusammenhang stehen. Führende Beamte der Bundespolizei machen hierfür eine Nachrichtensperre verantwortlich, die vom Bundesinnenministerium angewiesen sein soll.

Andererseits registrierte das Bundesinnenministerium für den Monat Januar 2008 ein im Vergleich zum Vormonat deutliches Ansteigen der Asylersantragsteller. Die Kosten für Sozialleistungen tragen Kommunen und Landkreise.

Experten zufolge machen die bislang gefassten „Illegalen“ nur 10 % der Gesamtzahl dieses Personenkreises aus.

Um der Bevölkerung ein klares, allseitiges Bild von den Folgen der Schengenraum-Erweiterung zu vermitteln, ist eine Wende in der Informationspolitik notwendig.